

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Der falsche Paukenschlag? Zum DGB-Kongress in München

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1969) : Der falsche Paukenschlag? Zum DGB-Kongress in München, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 6, pp. 301-302

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133975>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der falsche Paukenschlag?

Zum DGB-Kongreß in München

Das Presse-Echo, das der Münchner Kongreß des DGB gefunden hat, war mehr negativ kritisch als positiv anerkennend gestimmt. Das mag an der Unschlüssigkeit liegen, mit der die Gewerkschaften – wie schon vor 20 Jahren – noch immer ihren gesellschaftspolitischen Standort in der inzwischen unruhiger gewordenen Bundesrepublik suchen. Mindestens ebenso sehr lag es aber auch an der Unfähigkeit der meisten Berichtersteller, frei von eigenen ideologischen Vorurteilen, unsere gesellschaftspolitischen Probleme zu orten. Wer von ihnen mehr oder weniger den alten Ideologien der sozialen Marktwirtschaft anhängt – und das trifft immer noch für den größten Teil unserer Wirtschaftsjournalisten zu –, der warf den Gewerkschaften allzu großen machtpolitischen Reformeifer vor. Wer mehr dazu neigte, die Welt durch die antikapitalistische APO-Brille zu betrachten – und das gilt für viele politische Reporter, denen es an ökonomischen Vorstellungen mangelt –, vermißte bei ihnen Initiative und sozialreformrischen Elan. Journalisten scheint es nicht leichter als Gewerkschaftern zu fallen, sich in unserer im schnellen Wandel immer undurchsichtiger werdenden sozialen Welt zurechtzufinden. Und das ist in der Tat schwer. Selbst unseren Politikern scheint diese Fähigkeit abzugehen. Jedenfalls muß man diesen Eindruck gewinnen, wenn man immer wieder beobachtet, wie sie hilflos auf die Stimmen der Straße lauschen, die ihnen eine Art Horoskop, das die Zukunft deutet, zu ersetzen scheinen. Es besteht daher wenig Berechtigung, an den Gewerkschaften wegen Mängel und Schwächen herumzukritteln, die allen anderen Staats- und Wirtschaftsbürgern – ob prominent oder weniger prominent – in unserer Bundesrepublik genauso eigentümlich sind.

Aus dieser Hilflosigkeit einem „politischen Geschehen“ gegenüber, das aus anonymen, sich überlagernden Herrschaftsverhältnissen zu entspringen scheint, ist ein diffuses Unbehagen entstanden, auf das Otto Brenner kürzlich zu sprechen kam, als er in einem Spiegel-Interview (Der Spiegel vom 19. 5. 69, S. 77) zur Mitbestimmungsstellung nahm. „Dieses ganze Unbehagen in unserer Gesellschaft“, so sagte Brenner, „läuft in der Tendenz darauf hinaus, mehr mitbestimmen zu können, ... und nicht in der Anonymität zu verschwinden, ob das im Betrieb ist oder in anderen gesellschaftlichen Funktionen und Positionen. Ich glaube, daß hier der Grund für einen Großteil der Unruhen und des Unbehagens an den Schulen und Hochschulen und in der übrigen Gesellschaft liegt.“ –

Uns will scheinen, daß die Motive dieses Unbehagens sehr viel komplizierter liegen und daß durch eine Vermehrung von Selbst- und Mitbestimmungsrechten die Durchschaubarkeit unseres gesellschaftlichen Geschehens nicht ohne weiteres größer würde. Abgesehen davon, daß die Popularität der Mitbestimmungsforderung bei den Arbeitnehmern im allgemeinen nicht so groß wie bei den Studenten ist, und wie es die Gewerkschaften möchten, ist den wenigsten bisher klargeworden, daß vermehrte Mitbestimmung nur dann ein gesellschaftlicher Fortschritt sein kann, wenn man die damit verbundenen Pflichten mindestens so ernst nimmt wie die Rechte. Gerade darin liegt aber der Mangel jener „Tendenz mehr mitbestimmen zu können“, von der Brenner sprach, daß sie heute fast ausschließlich darauf ausgerichtet ist, mitreden zu können, ohne sich zu einer sachlichen und

disziplinierten Orientierung verpflichten zu müssen. Und bei der Orientierungsbereitschaft und Orientierungsmöglichkeit liegt die Crux aller unserer ungelösten gesellschaftlichen Reformen und Ordnungsprobleme.

Dazu gehört auch die DGB-Reform. Daß sie auf dem Kongreß vertagt wurde, konnte niemanden überraschen. Über ein solches Thema kann auf einem Kongreß nicht diskutiert, sondern nur formal entschieden werden, und das auch nur, wenn eine breit angelegte Diskussion in den Gewerkschaften bereits stattgefunden und zu Ergebnissen geführt hat. Das wichtigste Problem dieser Diskussion wäre die Klärung des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses. So weit ist man aber noch lange nicht. Es wird auch nicht mit einem Sonderkongreß getan sein, wie die Mehrheit der Delegierten offenbar glaubte. Es ist für die Gewerkschaften heute schwerer als noch vor 10 Jahren, zu einem neuen Selbstverständnis zu gelangen. Zu vieles, was auch sie nicht unberührt lassen kann, ist bei uns gesellschaftlich ins Rutschen gekommen, ohne daß man schon erkennen kann, wohin die auf jeden Fall abschüssige Bahn führt.

Bei der Wiederholung der einkommens- und vermögenspolitischen Forderungen wurde besonders deutlich, wie wenig sich Gewerkschaftspolitiker schon über die wachsenden Zielkonflikte in unserer Gesellschaft Gedanken gemacht haben. Auf diese Schwäche machten wir bereits aus Anlaß des Berliner DGB-Kongresses 1966 aufmerksam (vgl. WD Juni 1966, S. 299). Wenn man in einem Atemzug Preisstabilität und Nivellierung der Einkommen und Vermögensverteilung forderte, so übersah man erneut, daß eine Nivellierung von nennenswertem Ausmaß stets inflatorische Effekte haben muß, besonders unter den gegebenen Verhältnissen in der Bundesrepublik mit ihrer nur begrenzt revidierbaren Exportabhängigkeit und mit ihren unvermeidlich wachsenden Staatsausgaben (vgl. dazu auch WD April 1965, S. 171 f., und Juni 1965, S. 228). Inflatorische Effekte pflegen aber Nivellierungstendenzen wieder aufzuheben. So handelt es sich hier um eine Forderung, die mehr deklamatorischen als realen Wert hat. Ein so nüchtern gewordener Gewerkschaftsführer wie Otto Brenner hatte dies allerdings wohl erkannt, als er kürzlich in dem schon zitierten Spiegel-Interview feststellte: „Wir sehen nach wie vor unsere wichtigste Aufgabe darin, zunächst über den Weg von Lohn- und Gehaltserhöhungen zu einer besseren und günstigeren Aufteilung des Sozialproduktes zu kommen, ehe man irgendwelchen imaginären Möglichkeiten einer Vermögensbildung nachläuft.“ (Vgl. Der Spiegel vom 19. 5. 1969, S. 80.)

Den Kulminationspunkt der Kongreßforderungen bildete die Ausweitung der Mitbestimmung, wobei auch die überbetriebliche Mitbestimmung wieder stärkere Erwähnung fand. — Eine Institutionalisierung der „Konzertierten Aktion“ durch einen Bundeswirtschaftsrat ist nicht sonderlich überraschend. Ansonsten fand Schillers Wirtschaftspolitik nicht nur anerkennende Worte. — Zur Frage der Mitbestimmung können wir hier nur wiederholen, was wir schon früher herausgestellt haben (vgl. WD Oktober 1968): Die Idee der Mitbestimmung gehört sicherlich zu den Forderungen unserer Zeit. Die Art und Weise, wie man versucht, ihre Realisierung durchzusetzen, hat aber jede Chance, nicht nur diese Idee zu kompromittieren, sondern sogar zur gesellschaftlichen Katastrophe zu führen. Nichts Schlimmeres könnte uns passieren, als wenn sich Gewerkschaften und Jugend in demokratistischen Forderungen gegenseitig übertrumpfen würden.

So war es mit Rücksicht auf die persönliche Situation des neu gewählten Vorsitzenden des Bundesvorstandes, Heinz Oskar Vetter, zwar verständlich, aber wenig glücklich, daß er noch zum Ende der Tagung den Ernst der Mitbestimmungsforderung glaubte durch eine Streikdrohung unterstreichen zu müssen. Es war der falsche Paukenschlag in einer für die Gewerkschaften noch in vieler Hinsicht ungeklärten Situation. Er war symptomatisch für diese Situation, nicht für den Mann, dem er unterlief. Denn „alles was Heinz Oskar Vetter im Hinblick auf die von ihm zu übernehmende Aufgabe bisher sagte und mehr noch, was er nicht sagte“, schrieb Richard R. Schulz im Industriekurier vom 3. 4. 1969, „verrät Umsicht, Klugheit und den Willen zur Loyalität. Sein ausgeprägter Sinn für die Notwendigkeit eines Arrangements braucht dabei keineswegs gleichbedeutend mit Konformismus zu sein.“ Wer den neuen Vorsitzenden des DGB kennt, weiß, daß diese Charakterisierung zutrifft.

Heinz-Dietrich Ortlieb